für die
**volks-
macht**

Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML)

Eigentümer: Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML); Herausgeber und Verleger: Alfred Jocha; alle: 1200 Wien, Dresdner Straße 48/4/7. Für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Herbert Treitl, 1020 Wien, Czerningasse 15/2.

P. b. b. Verlagspostamt 1200 Wien
Erscheinungsort Wien



Telefon 33 87 774
Zuschriften an:
1205 Wien, Fach 3

Nichts sehen, nichts hören, nichts reden



Unserm Glossenschreiber ist's nachgerade schon selber peinlich, daß er dauernd über schlagende, schießende, einbrechende und „Heil Hitler!" rufende Polizisten berichten muß. Aber was soll er machen; sie drängen sich ja förmlich auf, die gesetzesbrechenden Gesetzeshüter. Sie treiben es bereits so arg, daß sogar schon ein bürgerlicher (!) österreichischer Journalist den Begriff „Polizeimafia" geprägt hat. Unser Glossist kann demnach gar nicht anders, er m u ß hin und wieder über Polizisten schreiben, will er sich nicht selbst den Vorwurf machen, hier ungewollt etwas vertuschen zu helfen.

Apropos vertuschen. Da sind wir schon beim heutigen Thema. Der Hergang der Tat dürfte zwar allgemein bekannt sein, doch wiederholen wir ihn trotzdem kurz: Der Polizeioberkommissär Dr. Kafka „besucht" nachts (während seiner Dienstzeit) Gabriele M., gegen die ein Verfahren läuft, in ihrer Privatwohnung, obwohl er dort dienstlich nichts zu suchen hat. Nach Aussage der 24jährigen Frau zwingt er sie mittels Erpressung, Drohungen und Tätlichkeiten zum Beischlaf. Der Mann bestreitet das. (No na, zugeben wird er's.) Tatsache ist: Gabriele M. flüchtet schließlich notdürftig bekleidet aus der Wohnung und alarmiert Nachbarn und Polizei. Und weil es sich beim Beschuldigten diesmal nicht um einen x-beliebigen kleinen Wachmann, sondern um einen bekannten Polizeijuristen handelt, deshalb finden sich nicht nur x-beliebige Funkstreifenpolizisten, sondern auch ein gutes Dutzend bekannter und bekanntester Polizeisachverständiger am Tatort ein. „Eine Prominentenparty wie bei einem Mord", stellt ein Richter später fest. Was finden die Prominenten? Sie finden im Bett der Gabriele M. den Oberkommissär Dr. Kafka: nackt und a) schlafend, jedoch nüchtern, b) schlafend, aber leicht alkoholisiert, c) total blau, d) von einem geheimnisvollen Medikament betäubt. Aus den Möglichkeiten a bis d ist ersichtlich, daß die sonst so sachverständigen Sachverständigen ein bißchen ins Schwimmen gekommen sind. Was umsomehr verwundert, als es sich bei ihnen womöglich um dieselben prominenten Leute handelt, die ansonsten im Gerichtssaal etwa einem angeklagten Demonstranten in rhetorischer Brillanz nachweisen, daß er sich seine Anti-Nixon-Tafel nur deshalb an einem dicken Stock befestigt habe, um diesen dann als Schlagwaffe benutzen zu können. Oder die demselben Demonstranten streng wissenschaftlich den Genuß eines Glases Bier vorwerfen, was den Richter dann dazu bewegt, ihn wegen selbstverschuldeter Berauschung strenger zu bestrafen. Oder die, je nachdem, dem Demonstranten völlige Nüchternheit bestätigen, weshalb ihn der Richter strenger bestraft, weil ein Nüchterner die Folgen seiner Tat klar erkennen und deshalb keinen Anspruch auf mildernde Umstände haben kann.

Aber wenn statt dem Klassenfeind ein Kollege beschuldigt wird, dann sind die kriminalistischen Spürnasen offenbar verschnupft. Drum hat leider, leider niemand dran gedacht, das Glas zu untersuchen, aus dem der Dr. Kafka getrunken hat. Und trotz der 1,7 Promille in seinem Blut konnte bedauerlicherweise niemand erkennen, ob der Herr Oberkommissär nun tatsächlich betrunken war. Wobei der Amtsarzt den Zeitpunkt der Blutabnahme irrtümlich – o Gott, wie peinlich – „vorverlegt" hat. Auch Gabriele M. konnte in diesem gespenstischen, wahrhaftig kafkaesken Prozeß nichts Belastendes mehr aussagen, weil sie inzwischen auf mysteriöse Art Selbstmord begangen hat. Zufälle gibt's. Und – wetten? – bis zur nächsten Demonstration ist auch die verschnupfteste Nase wieder gesund und steht der bürgerlichen Rechtsfindung voll und ganz zur Verfügung.

für die volksmacht

Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten-Leninisten)

Einzelpreis S 3,–
Jahresabonnement S 30,–

Nr. 67 · Oktober 1972



Der Volkskrieg siegt!

Der Volkskrieg siegt!

Heute, am 22. Oktober, unmittelbar vor Drucklegung dieser Nummer, wissen wir noch nicht, ob Kissinger die Verhandlungen, die er mit den Vertretern Vietnams führte, wirklich ernst meint, ob die Nixon-Regierung, die nach wie vor mit ihren barbarischen Bombardements fortfährt, endlich so weit ist, ihre historische Niederlage im verbrecherischen Aggressionskrieg gegen die heldenhaften Völker Indochinas einzugestehen und die unvermeidlichen Konsequenzen zu ziehen. Wir wissen aber eines: Der Sieg im Volkskrieg Vietnams und der beiden anderen Länder Indochinas ist in greifbare Nähe gerückt!

In Laos wurden alle Versuche der US-Imperialisten und der von ihrem CIA ausgebildeten, ausgerüsteten und geleiteten Banditen, die befreiten Gebiete "anzuknabbern", zunichtegemacht; die befreiten Gebiete konnten vielmehr ausgedehnt werden und machen jetzt mehr als zwei Drittel des Gesamtterritoriums von Laos aus. Gegenwärtig verhandeln in der Hauptstadt Vientiane die Regierung Souvanna Phoumas und eine Delegation der Patriotischen Front ("Pathet Lao") über die restlose Einstellung der amerikanischen Intervention und die Wiederherstellung der nationalen Einheit gemäß dem Programm für Demokratie und Neutralität des Landes.

In Kambodscha sind schon fast 9o Prozent des Territoriums befreit, und die von der Regierung der Nationalen Einheit unter Norodom Sihanouk geführten Volksstreitkräfte haben die Hauptstadt Phnom Penh eingekreist und sind dabei, die amerikanische Marionette Lon Nol (dessen Verräter-"Regierung" noch immer von den russischen Sozialimperialisten anerkannt wird!) zur Kapitulation zu zwingen.

Und in Vietnam hat die sechsmonatige Offensive der Befreiungsstreitkräfte entscheidende Siege erfochten, die das grausame amerikanische Kriegsabenteuer, trotz dessen aufs höchste gesteigerte Eskalation, zum völligen Scheitern bringt.

★

In den sechs Monaten seit dem 3o. März 1972 haben die Befreiungsstreitkräfte und das Volk in Südvietnam durch gleichzeitige Offensivaktionen der Truppen und mit diesen koordinierte Volksaufstände gewaltige Siege errungen. Sie haben 325.ooo Mann der Feindtruppen getötet, verwundet oder gefangengenommen; acht Divisionen, 33 Brigaden, Regimenter bzw. aus mehreren Bataillonen zusammengesetzte Einheiten sowie 225 Infanteriebataillone, elf Panzerregimenter und 25 Artilleriebataillone vernichtet oder dezimiert; ferner 8o Bataillone bzw. aus mehreren Kompanien zusammengesetzte Einheiten, 5oo Kompanien sowie 17oo Züge der sogenannten "Bürgergarde" und "Volkswehr" außer Gefecht gesetzt, aufgerieben oder zerstreut.

Darüber hinaus wurden 6.3oo Militärfahrzeuge des Feindes, darunter mehr als 2.ooo Tanks und Panzerwagen, weiters 1.5oo Geschütze und Mörser, 45.ooo Gewehre verschiedenen Kalibers und Hunderttausende von Bomben und Granaten erbeutet oder zerstört. 2.o5o feindliche Flugzeuge wurden abgeschossen oder auf dem Boden zerstört, 4oo Kriegsschiffe und Kanonenboote wurden versenkt oder in Brand geschossen.

In den sechs Monaten haben die Volksbefreiungsstreitkräfte mehr als 6oo Munitions- und Treibstofflager der US-Aggressoren und ihrer Marionettentruppen in die Luft gesprengt oder niedergebrannt, 13 Flugplätze sowie 8o Bataillons- oder Divisionsstützpunkte erstürmt, einen Hafen erobert und mehr als 2.ooo Armeeposten und andere militärische Stellungen des Gegners eingenommen oder dem Erdboden gleichgemacht.

In derselben Zeitspanne haben fast zweieinhalb Millionen Menschen sich erhoben und weite Gebiete der noch vom Feind besetzten Landesteile unter ihre Kontrolle genommen.

Der Bericht der südvietnamesischen Nachrichtenagentur "Befreiung", dem diese statistischen Angaben entnommen sind, stellt fest, daß auf allen Schlachtfeldern der Feind in eine passive und sogar kritische Lage geraten ist, was eine bedeutsame Veränderung der Kriegslage mit sich gebracht hat. "Der von den Streitkräften und der Bevölkerung Südvietnams errungene kolossale Sieg", heißt es darin, "ist von großer strategischer Bedeutung. Die Vietnamisierungspolitik des US-Imperialismus hat schwere Schläge erlitten und steht vor dem totalen Zusammenbruch. Obwohl der US-Imperialismus seine stärksten Waffengattungen – Luftstreitkräfte und Kriegsmarine – zum maximalen Einsatz gebracht und damit den Aggressionskrieg "re-amerikanisiert" hat, kann er seiner Niederlage auf keinen Fall entgehen."

In Kommentaren zu obiger Halbjahresbilanz schreiben die Zeitungen in Hanoi, der "große und allseitige Sieg", dieser "ihrer Dauer, ihrem Ausmaß und ihren Auswirkungen nach beispiellosen strategischen Offensive von sechs Monaten" habe eine sehr günstige Situation für den Vormarsch zum vollständigen Sieg geschaffen.

Das Organ der Partei der Arbeit "Nhan Dan" schreibt: "Das ist ein glänzender Sieg der richtigen und schöpferischen Linie, der Linie des Volkskriegs und der ausgezeichneten Kunst der Kriegführung des vietnamesischen Volkes." Das nordvietnamesische Armeeblatt "Quan Doi Nhan Dan" stellt fest: "Dieser Sieg hat dem vietnamesischen Volkskrieg gegen die US-Aggression und für die nationale Rettung einen mächtigen Auftrieb verliehen, die Vereinigten Staaten erschüttert und die Nixon-Clique sowohl in Vietnam wie in ganz Indochina in eine sehr schwere Lage gedrängt."

In diese äußerste Bedrängnis ist der US-Imperialismus nicht nur infolge der vernichtenden Schläge geraten, die ihm die Völker von Vietnam, Laos und Kambodscha versetzt haben, sondern auch infolge der wirksamen Hilfe, die ihnen China und andere wahrhaft sozialistische Länder erweisen, sowie infolge der Unterstützung ihres heroischen Freiheitskampfes durch die Volksmassen der ganzen Welt, einschließlich des amerikanischen Volkes.

Während die Völker der Welt den Volkskrieg Vietnams und der anderen Völker Indochinas rückhaltlos unterstützen, sind die revisionistischen Arbeiterverräter – ungeachtet ihrer scheinheiligen "Solidaritätskundgebungen" – stets gegen diesen Volkskrieg Sturm gelaufen. Man denke nur an die schamlose Hetze der "Volksstimme" gegen junge österreichische Antiimperialisten, weil sie im Mai, anläßlich der Zwischenlandung Nixons in Salzburg auf seinem Flug zu den Machthabern in Moskau,



„Was meinst du, Joe, wie lange wird dieser Krieg für Freiheit, Demokratie, die freie Welt und westliche Zivilisation wohl noch dauern!"



für den "Sieg im Volkskrieg" demonstriert haben! Ihre Oberherren im Kreml fürchten nämlich nichts mehr als einen beispielgebenden Sieg unterdrückter Völker im bewaffneten Widerstandskampf gegen den Imperialismus; sie beharren auf ihren Abmachungen mit den US-Imperialisten zur Aufteilung der Welt und einzelner Länder in Einflußzonen der beiden Supermächte; und sie wollen in Vietnam – ebenso wie in anderen Weltgegenden (Nahost, indisch-pakistanischer Subkontinent etc.) – durch scheinbare "Waffenhilfe" ihre Pläne zur Weltherrschaft und zur Vorbereitung eines militärischen Überfalls auf Volks-China vorantreiben.

Möglicherweise steht den indochinesischen Völkern – trotz einem eventuellen Waffenstillstand – noch ein langer Kampf bis zu einem echten Frieden bevor. Einen solchen Frieden kann es, wie Ho Chi Minh wiederholt betont hat, nur geben, wenn die Völker in völliger Unabhängigkeit und Freiheit ihr eigenes Geschick bestimmen können. Die sozialistischen Länder mit der Volksrepublik China an der Spitze, die Marxisten-Leninisten der ganzen Welt und alle freiheitsliebenden Völker werden den gerechten Kampf der Vietnamesen, Laoten und Kambodschaner für die restlose Erreichung dieses Ziels, in welcher Form er auch immer geführt werden sollte, bis zum Ende entschlossen unterstützen! ●

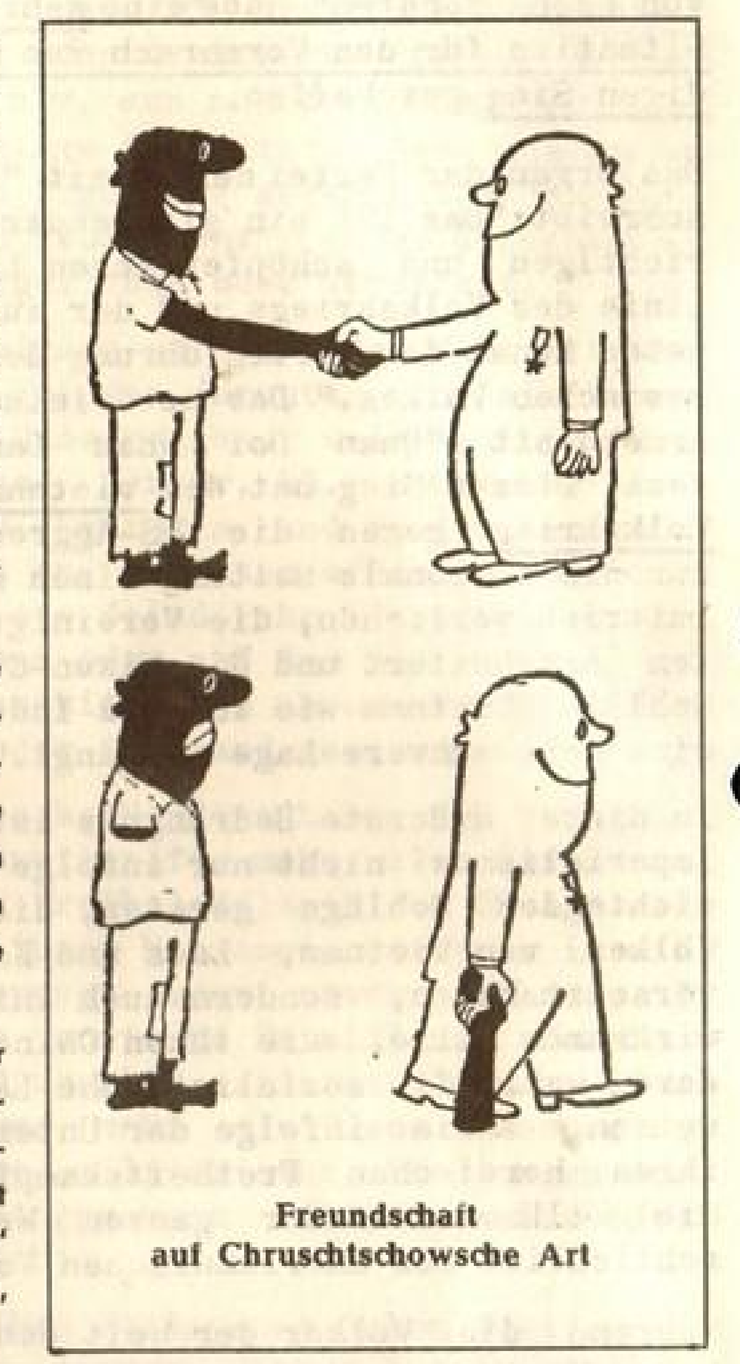
Die »brüderliche Hilfe« der Erpresser

Wenn die Sowjetunion Hilfe gab, so war sie stets brüderlich. Chruschtschow hat dieser Hilfe ein anderes Gesicht gegeben. „Brüderliche Hilfe" gab es dann, wenn der Empfänger willenlos die Anordnungen des „Spenders" erfüllte. Wenn nicht, dann wurde die „brüderliche Hilfe" eingestellt.

Die ideologischen Auseinandersetzungen innerhalb der kommunistischen Weltbewegung wollte Chruschtschow insofern beenden, als er den chinesischen und albanischen Genossen mit der Einstellung der „Hilfe" drohte. Gemeint war damit, daß die Sowjetunion die abgeschlossenen Verträge über den Aufbau von Industrieanlagen, Warenlieferungen und andere nicht einhalten würde. Der Lauf der Dinge ist bekannt. Als aufrechte Marxisten-Leninisten ließen sich die chinesischen und albanischen Genossen selbstverständlich nicht erpressen. Sie führten den entschiedenen ideologischen Kampf gegen die modernen Revisionisten weiter und entlarvten diese restlos.

Buchstäblich über Nacht machten damals die russischen Arbeiterverräter alle Verträge hinfällig. Wichtige Lebensmittellieferungen an Albanien wurden storniert und aus China alle Spezialisten mitsamt den Konstruktionsplänen für begonnene Industrieanlagen sowie das gesamte Ersatzmaterial für fertiggestellte abgezogen. Damit wurde den Völkern Albaniens und Chinas großer Schaden zugefügt. Ebensowenig wie den wirtschaftlichen Aufbau in Albanien konnten die Revisionisten den „großen Sprung vorwärts" in China damit verhindern. Die Schützenhilfe für Liu Schao-tschi blieb vergeblich.

Nun hat Breschnew seinen Vorgänger kopiert. Da Ägypten nicht mehr länger gewillt war, Spielball der imperialistischen Interessen Rußlands zu sein, verlangte es den Abzug der russischen Militärberater. (So wurden die ersten amerikanischen Soldaten in Vietnam ebenfalls genannt.) Und was ist es, was jetzt behauptet wird? Von den wichtigsten Waffen – geliefert als „brüderliche Hilfe" – seien die entscheidenden Bestandteile abmontiert und mitgenommen worden, die Waffen also unbrauchbar. Gelernt ist eben gelernt.



Freundschaft
auf Chruschtschowsche Art

Es gab gar kein Risiko

Wir haben wiederholt nachgewiesen, daß die Arbeiterverräter in Moskau mit dem, was sie als „Hilfe" für den Kampf der Völker Indochinas ausgeben, lediglich nur ihr Mitspracherecht für diese Gegend sichern wollen. Das ist reine imperialistische Strategie. Wir haben auch wiederholt festgestellt, daß die Sozialimperialisten, trotz aller Konkurrenz, auch eine weltweite Zusammenarbeit mit dem US-Imperialismus durchführen, um – wie es schön gesagt wird – den „Status quo", sprich: die vereinbarte Teilung der Welt in Einflußsphären, aufrechtzuerhalten. An einem kleinen Beispiel kann man – wenn man nur ansatzmäßig objektiv sein will – die Wahrheit unserer Feststellungen prüfen.

Uber die Verminung der nordvietnamesischen Häfen durch die amerikanischen Imperialisten wurde in Moskau viel Geschrei erhoben. Die „starken Worte" blieben allerdings Schall und Rauch. Um nur ja jeder „Konfrontation" aus dem Weg zu gehen, laufen russische Schiffe diese Häfen nicht mehr an. Sollte nämlich ein „Malheur" passieren, nämlich ein Schiff auf eine Mine laufen, müßte man ja zu seinen Worten stehen. Daher laden, wenn überhaupt noch, russische Schiffe ihre Ladungen für Vietnam in China aus. Das Anlaufen vietnamesischer Häfen überläßt man chinesischen Schiffen, die auch schon öfter die Minensperren durchbrochen haben, wie berichtet wurde.

Wesentlich ist aber ganz etwas anderes. Bei der Unterstützung des „Befreiungskampfes von Bangla-Desh" – der in Wahrheit eine indische Aggression gegen Pakistan im Auftrag und Interesse vor allem der russischen Sozialimperialisten war – kreuzten russische Kriegsschiffe zur Unterstützung im Golf von Bengalen auf, und die Moskauer Regierung ließ verlauten, daß „niemand es wagen dürfe", diese Kriegsschiffe zu stören, denn das würde „Krieg" bedeuten. Dieser „Niemand" störte auch nicht. Gemeint war damit nämlich der US-Imperialismus. Jedem das Seine auf seinem Interessensgebiet, war da die Parole.

Die ehrlichen Genossen aber, die der Phraseologie der Moskau- und Höchstädtplatzrevisionisten noch glauben, mögen sich fragen, ob der heldenhafte Kampf der indochinesischen Völker nicht das gleiche „Risiko" wert gewesen wäre. Die Antwort ist einfach: Es gab gar kein Risiko, denn sie wissen genau, was sie sich ausmachen. ●

Testwahlen? Jawohl!

Die Landtagswahlen im Burgenland und die Gemeinderatswahlen in der Stadt Salzburg, die am 8. Oktober stattfanden, sind für die arbeitende Bevölkerung keineswegs uninteressant. Immerhin hat ein Zwanzigstel der Wahlberechtigten Österreichs an diesem Tag seine Meinung zu den politischen Verhältnissen in unserem Land ausdrücken können. Und es war so ziemlich die durchschnittliche Meinung aller Österreicher, handelt es sich doch um Wahlen, die sowohl in regionaler Hinsicht wie hinsichtlich der Verteilung von Stadt und Land verschiedene Bevölkerungsgruppen betrafen, wobei allerdings gerade die wichtigsten Industriezentren nicht betroffen waren. Es waren vor allem Wahlen, bei denen die Bevölkerung ihre Beurteilung der Regierungstätigkeit Kreiskys und seines Teams kundtun konnte. Das tat sie denn auch. Es waren in diesem Sinn wirkliche "Testwahlen", als welche sie von den diversen Politikern aller Parteien vorher und nachher (mit entsprechender Lautstärkeänderung und Akzentverschiebung, versteht sich) dargestellt und agitatorisch ausgewertet wurden.

Wer einen angeblich "lokalen" Charakter der bei diesen Wahlen festzustellenden Änderungen im Wählerverhalten behauptet, lügt bewußt. Denn jedermann weiß, daß erstens traditionell Parteilisten gewählt und nicht "Persönlichkeiten" und dem politisch keineswegs ungeschulten Österreicher die entscheidende Rolle der zentralen Parteiinstanzen bei allen wichtigen Fragen durchaus klar ist; daß zweitens weder in der Stadt Salzburg noch im Burgenland in den letzten 4-5 Jahren irgendwelche bedeutsame Veränderungen im örtlichen Maßstab vor sich gegangen wären, die man dieser oder jener lokalen Parteiinstanz ankreiden oder zugutehalten könnte, daß im Gegenteil nach übereinstimmender Aussage aller Politiker und Kommentatoren die Wahlprogramme und -parolen aller Parteien nahezu identisch waren.



Es ist überdies klar, daß für eine Analyse der Wahlergebnisse nicht die absoluten Stimmen, die für die einzelnen Parteien abgegeben werden, interessant sind, sondern die Zu- bzw. Abnahme dieser Stimmen sowie der Stimmen, die überhaupt nicht abgegeben oder ungültig gemacht wurden. Nicht auf die mehr oder weniger politisch unbewegliche Masse der Wähler kommt es an, sondern auf die sogenannten "Wechselwähler", also gerade auf jene Schichten und Kreise, die keine festverankerte Bindung an die etablierten Parteien haben, sondern bereit sind, ihre Ansicht den gemachten Erfahrungen gemäß zu ändern. Die Erfahrungen machen aber alle, so daß die Änderungen im Stimmenverhältnis ein Abbild der Stimmungsänderung in der gesamten Bevölkerung zu geben vermögen.

Betrachten wir nun aufmerksam die nachstehende Tabelle.

Bei diesen beiden "Urnengängen", zu denen insgesamt 274.757 Wahlberechtigte aufgerufen waren, hatten die Stimmenverschiebungen unter den wahlwerbenden Parteien einen recht geringfügigen Umfang: nicht ganze 4.000 Stimmen weniger für die SPÖ und ein Plus von mehr als 3.700 Stimmen für ÖVP und FPÖ. Dagegen hat sich die Zahl der Wahlboykottierer (Nicht- und Ungültigwähler) um 13.465 vergrößert. Ganz unbestreitbar liegt darin das entscheidende Ergebnis dieser Wahlen. Auch verschiedene Kommentatoren der Massenmedien – ja sogar Sprecher der Parteien – konnten nicht umhin, besonders darauf zu verweisen, daß die Wahlbeteiligung gegenüber den unmittelbaren Vergleichszahlen im Burgenland um ca. drei Prozent und in Salzburg gar um acht Prozent zurückgegangen ist!

Dieser Vergleich ist aber ungenügend; denn er berücksichtigt nicht das beträchtliche Ansteigen der Wahlberechtigtenzahl seit 1967 bezw. 1968. Vergleicht man die bei den jetzigen Wahlen regi-

strierten absoluten Ziffern mit errechneten Resultaten, die erzielt worden wären, falls sich der Stimmenanteil der einzelnen Parteien und der Nicht- bezw. Ungültigwähler bezogen auf die Gesamtzahl der Wahlberechtigten seit 1967 bezw. 1968 nicht geändert hätte, dann ergibt sich, daß die SPÖ anteilmäßig 9.8oo Stimmen verloren hat und auch die VP eine faktische Einbuße von mehr als 3.1oo Stimmen hinnehmen mußte, während der Zuwachs der FPÖ nur 1.66o Stimmen beträgt. Und dieses Ergebnis entspricht tendenzmäßig den Veränderungen gegenüber den Nationalratswahlen vom Oktober 1971. Dadurch wird einerseits der "Test"charakter der jetzigen Wahlen bestätigt, andererseits dokumentiert, daß der Zuwachs der FPÖ-Stimmen durchwegs auf Kosten der ÖVP erfolgt ist, während sich die enttäuschten Wähler der SPÖ der Stimme enthalten haben (wie auch ein Teil der Wähler der ÖVP, der "K"PÖ und der Splittergruppen).

Aus dieser Analyse haben die Marxisten-Leninisten einige wichtige Schlußfolgerungen zu ziehen.

1. Die Massen erkennen immer klarer, daß die SP-Führung eine ebensolche Politik zugunsten des Monopolkapitals betreibt wie die ÖVP. Etwa acht Prozent der SP-Wähler wandten sich schon von der Kreisky-Partei ab, jedoch keiner anderen Partei zu, sondern bekundeten durch Wahlenthaltung, daß sie zum ganzen gegenwärtigen System kein Vertrauen hat.

2. Die ÖVP konnte bis heute ihre schwere innere Krise nicht überwinden und der Großbourgeoisie jene Alternativpartei zur SPÖ bieten, die für die massenbetrügerische Schaukelpolitik des angestrebten Zweiparteiensystems notwendig wäre. Deshalb bemüht sich das Monopolkapital, sowohl durch direkte Stellungnahmen seiner "Interessenvertretungen" als auch durch wohlwollende Handlungen der Führungen beider "Großparteien", durch den ORF sowie durch die "unabhängige" und Parteipresse die kläglich dahinvegetierende FPÖ zu galvanisieren, weit über ihre tatsächliche Stärke hinaus hochzuspielen und mit allen möglichen Mitteln zu fördern und zu forcieren. Das sehr dürftige Ergebnis ist, daß die FPÖ einen Teil der weiterhin von der - wohl noch für geraume Zeit manövrierunfähigen - ÖVP abwandernden Wähler aufgefangen hat. Mehr bedeutet der von den Massenmedien und den diversen Parteisekretariaten in die Welt hinaustrompetete "Wahlsieg" der FPÖ nicht.

3. Das Bestreben der Kapitalisten, die "K"PÖ als Auffangbecken für radikalisierte Arbeiter auszubauen, blieb bis jetzt erfolglos: Die Revisionisten haben insgesamt weiter Stimmen verloren und sind eine völlig unbedeutende Splittergruppe geblieben.

4. Die Wahlen haben abermals gezeigt, daß die VRA die politische Entwicklung in Österreich richtig einschätzt, daß die objektive Situation günstig für unsere Arbeit ist. ●

Wählerbewegung

	Landtagswahl Burgenld.1968 u. Gem.-ratswahl Salzburg 1967		Landtags- bezw. Gem.-ratswahlen im Burgenld. und in Salzburg 1972		Nation. ratsw. im Bgld. u.i.d. Stadt Salzburg 1971	Veränderungen 1972 gegen 1967 bzw.1968		1971
	absolut	in %	faktisch	Bei der gleichen % mäßigen Verteilung wie 1967/68 hätte sich erg. müssen (abger.)		faktisch	bei anteilsm. Berücksichtig. gestieg. Zahl d. Wahlber. (abger.)	
SPÖ	115 o77	44,o	111 112	12o 9oo	119 74o	- 3.965	- 9.8oo	- 8.628
ÖVP	98 771	37,6	1oo 181	1o3 3oo	1o6 o66	+ 1.41o	- 3.12o	- 5.885
FPÖ	17 164	6,5	19 514	17 85o	16 253	+ 2.35o	+ 1.66o	+ 3.261
KPÖ	1 799	o,7	1 416	1 9oo	1 482	- 383	- 48o	- 66
Sonstige	767	o,3	437	8oo	-.-	- 33o	- 36o	+ 437
Insges. Gültige	233 578	89,1	232 66o	244 75o	243 541	- 918	-12.1oo	-1o.881
Wahlenthalt.u. ungültig	28 632	1o,9	42 o97	3o ooo	29 179	+13.465	+12.1oo	+12.918
Insges. Wahlberechtigt	262 21o	1oo,o	274 757	274 75o	272 72o	+12.547	-.-	+ 2.o37



Literarische (und andere)

Nadelstiche

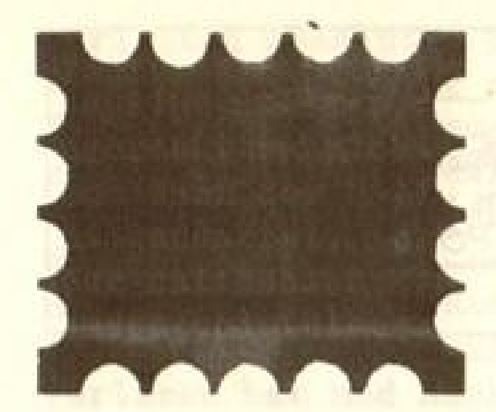


Es ist noch gar nicht lange her, daß sich österreichische Journalisten über die erstaunlichen Erfolge der chinesischen Heilkunde mokierten. Besonders die Anästhesie (Schmerzbetäubung) mittels Nadelstichen hatte es ihnen angetan. Also griffen die Herren Asphaltjournalisten tief in ihren rassistischen Sprachschatz, um nun ihrerseits, wenn auch nur literarisch, Nadelstiche anzubringen. Die Akupunktur, so lehrten sie den abendländischen Leser, könne man einem primitiven asiatischen Kuli ja vielleicht zumuten; einem europäischen Kulturmenschen hingegen ...

Inzwischen sind Monate vergangen. Die ersten bescheidenen Akupunktur-Anästhesie-Versuche außerhalb Chinas – noch dazu in Österreich – haben weltweit Aufsehen erregt und gezeigt, daß die chinesischen Nadeln keineswegs europäischen Patienten, sondern höchstens kleinkarierten Journalisten wehtun. Und Ärzte aus dem gerühmten westlichen Kulturkreis pilgern plötzlich scharenweise in die ferne Volksrepublik und erleben dort unfaßbare Dinge. Da liegt zum Beispiel während einer Herzoperation die Patientin „quietschvergnügt und bei vollem Bewußtsein" – so drückte sich ein Grazer Arzt wortwörtlich aus – auf dem Operationstisch. Keine Narkose. Ein paar feine Silbernadeln, millimetertief unter die Haut gestochen, das ist alles. Um die Bedeutung dieser neuartigen Methode zu ermessen, muß man sich vor Augen halten, daß in unseren europäischen Operationssälen der Anästhesist samt seinem Hilfspersonal und seinen tausenderlei Gerätschaften bald schon mehr Platz braucht als das gesamte Chirurgenteam. Von den unangenehmen Nachwirkungen und den Kosten der Narkose ganz abgesehen.

Doch nicht nur die Anästhesie wurde in Chinas Spitälern revolutioniert. Die Herzoperation an der „quietschvergnügten" jungen Chinesin etwa dauerte 20 Minuten, weil die Ärzte die einzelnen Blutgefäße nicht mühevoll abbanden, sondern mit selbstgebrauten Pflanzenextrakten die Blutungen stillten. Nach Ansicht des Grazer Arztes dauert eine gleichartige Operation in Österreich Stunden, trotz der modernsten technischen Geräte, die unseren Chirurgen verfügbar sind. Übrigens, um auch hartnäckige Skeptiker zu überzeugen: Daß nicht nur die Operation gelungen, sondern auch die Patientin noch am Leben war, das bewies die letztere, indem sie unmittelbar nach dem lebensgefährlichen Eingriff bereits Kompott aß. Bei Vollnarkose ebenfalls ein Ding der Unmöglichkeit! Dann erfuhren die ohnedies aus dem Staunen nicht mehr herauskommenden Österreicher, daß der chinesische Ärztenachwuchs sich nicht so wie unserer 10 Semester lang mit grauer Universitäts-Theorie herumschlagen muß, sondern den Beruf wesentlich rascher direkt am Arbeitsplatz erlernt.

Und zu guter Letzt noch ein gezielter Stich: Die Akupunktur-Anästhesie gibt's neuerdings sogar schon ohne Nadeln, in manchen Fällen genügt die einfache Massage bestimmter Körperpunkte zur örtlichen Betäubung. Nur hornhäutigen abendländischen Journalisten kann man diese Behandlung nicht zumuten. Denn die schwören auf die antikommunistische Holznarkose. ●



Ein Leserbrief

Was wir in Kärnten im Zusammenhang mit den zweisprachigen Ortstafeln im Augenblick erleben, läßt einen politisch bewußten Menschen zutiefst erschrecken. Das sind die ersten Erscheinungen einer Entwicklung, deren Ziel vorerst ist, das geistige Klima innerhalb der Volksmassen aufzubereiten für die allmähliche "Faschisierung" unserer bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsordnung.

Unterwerfen wir die Erscheinungen im Zusammenhang mit den zweisprachigen Ortstafeln einer kurzen Analyse.

Nationalismus: Es ist absolut in Ordnung, wenn ein Volk seine völkischen Eigenarten pflegt; Brauchtum, Lieder, Sprache. Dieses Recht muß man aber auch anderen Nationalitäten zubilligen. Auch nationalen Minderheiten, wie es z.B. die Slowenen in Kärnten sind, muß man diese Rechte zubilligen. Ungerecht und nicht in Ordnung ist es aber, wenn dann der Nationalismus in Chauvinismus ausartet, d.h. in Intoleranz gegenüber nationalen Minderheiten oder anderen Rassen und Völkern.

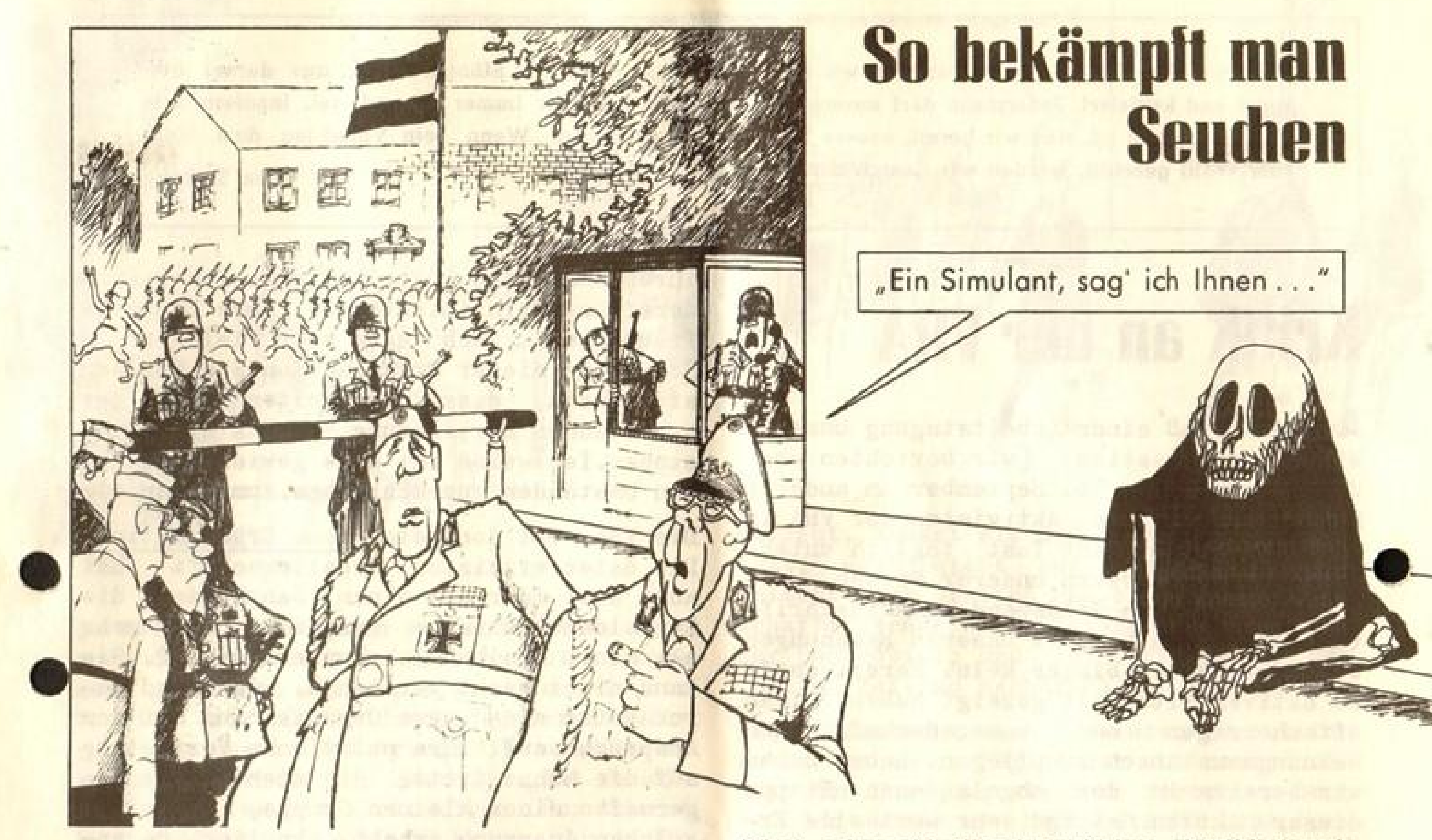
Chauvinismus: Dieser entartete Nationalismus, der keine Toleranz gegenüber anderen Rassen und Nationalitäten kennt, ist eine Waffe in den Händen der reaktionären Ideologie: des Faschismus. Und es liegt in der Natur der Sache, daß die Reaktion mit allen Mitteln versucht, reaktionäres Gedankengut in die Volksmassen einzuschleusen. Ihr angestrebtes Ziel ist die Festigung der Klassenherrschaft des Besitzbürgertums über das Proletariat, wobei das Proletariat aller Rechte beraubt ist. Die Arbeiterklasse wird vom Klassenkampf abgelenkt, indem die Reaktionäre versuchen, das Gift des Chauvinismus in die Volksmassen hineinzutragen.

Verhalten der Regierung: Das Verhalten der österr. Regierung in dieser Angelegenheit ist ziemlich widerspruchsvoll. Auf der einen Seite ist die Aufstellung der zweisprachigen Ortstafeln gesetzlich, auf der anderen Seite sehen die Exekutivorgane des Staates untätig zu - bei der Demontage dieser Tafeln, also eindeutigem Bruch ihrer eigenen Gesetze. Sonst zeigt sich die Exekutive gegenüber linken und revolutionären Kräften, die sie als "Gesetzesbrecher" bezeichnen, sehr konsequent. Wenn sie in diesem Falle also nichts tut, so wohl nur auf ausdrückliche Anweisung der Regierung. Und diese Regierung muß scheinbar das Treiben von reaktionären Chauvinisten und Faschisten "tolerieren". Ist denn die Machtposition dieser Kreise schon so groß ??? Wenn ja, so ist es aber an der Zeit, besorgt um die Zukunft Österreichs zu werden.

Zusammenfassung: Man kann diese Ortstafeldemontagen als "Generalprobe" ansehen, die von den Chauvinisten und Faschisten abgehalten werden, um das Verhalten der Massen zu testen und das der Regierung. Wenn es gelingt, die Massen zu verwirren und in eine nationale "Hysterie" hineinzujagen und man sieht, daß die Regierung "untätig" (gelinde ausgedrückt) ist, so kann man morgen diesen Prozess der "Faschisierung" unserer Gesellschaft konsequent weitertreiben. Die Geschichte lehrt uns präzise, wie das vor sich geht. Heute lenkt man z.B. den Hass auf eine nationale Minderheit - die Slowenen -, morgen auf eine Minderheit in unserer Gesellschaft, wie z.B. auf politisch progressive Elemente, Kommunisten, Sozialisten, für die das Wort Sozialismus mehr bedeutet als ein Schlagwort, Gewerkschafter, die aktiv für die Belange der Arbeiterklasse eintreten usw. Das ist eine Spirale, die dort endet, wo die bürgerliche parlamentarische Demokratie (verschleierte Form der Diktatur des Kapitals) aufhört und die offene Diktatur des Kapitals, der Faschismus, beginnt. Damit verbunden KZ-Terror gegen "Linke". Damit verbunden Chauvinismus vorerst, Großmachtchauvinismus etwas später, im Verein mit den Chauvinisten in der Bundesrepublik, Imperialismus, Krieg. Alles Erscheinungen, die mit dem Faschismus einhergehen. Und eine solche Entwicklung beginnt einmal ganz klein. Es ist ein geistiger Prozess, der schließlich materielle Früchte trägt.

Für jeden politisch bewußten Menschen innerhalb der Arbeiterklasse sind solche "Kleinigkeiten", wie die Tafeldemontagen, Hinweise auf eine Entwicklung, die es abzuwehren gilt. Denn sie bringt den Volksmassen nichts Gutes, darüber kann die Geschichte Zeugenschaft ablegen. Man kann daher nicht offen und klar genug die Volksmassen warnen vor einer solchen Entwicklung. Mit einem Wort: Wir müssen den Anfängen wehren....!!!

So bekämpft man Seuchen



Jedermann weiß, daß in den Bundesheerküchen nicht nur wohlschmeckende, sondern auch salmonellenfreie Gaumenfreuden zubereitet werden. Als daher in drei niederösterreichischen Kasernen eine Infektionskrankheit ausbrach, da war man sich in ganz Lütgendorf einig: Es konnten nur die Präsenzdiener selber schuld dran sein — wer weiß, aus welchem Wassertümpel sie getrunken hatten. An der verdorbenen Dauerwurst, die man wenig später beim zuständigen Küchenbullen beschlagnahmte, konnte es nicht liegen, denn diese Wurst hätte zwar den stärksten Landsknecht aus der Uniform gebeutelt, aber — und darauf kommt es schließlich an — sie hatte keine Salmonellen.

Als jedoch nach einer Woche die Infektionskrankheit wider Erwarten nicht von selbst verschwunden war, sondern sich zu einer Seuche auswuchs, da begannen die Militärärzte schön langsam nachzudenken. Das Ei des Kolumbus, das sie schließlich ausbrüteten, hieß: Quarantäne. Also gschwind die Kasernentore zuasperrn, Ausgangsverbot für die Jungmänner. Ha, jetzt wern ma Salmonellen und Präsenzdiener gemeinsam so lang dunsten lassen, bis sa se beruhigt ham, lächelte sich die Obrigkeit ins Fäustchen. Doch ach, verflixt und zugenäht, die Krankheit breitete sich weiter aus. Und irgend so ein Trottel informierte die Öffentlichkeit, daß das Ausgangsverbot zwar für gemeine Soldaten galt, Offiziere und Unteroffiziere dagegen tagtäglich in die keimfreie zivile Welt hinausspazierten. Als ob, Himmeldonnerwetter nochmal, ein ganz gewöhnlicher Paratyphusbazillus die Frechheit besäße, einem Vorgesetzten in den Mastdarm zu kriechen, was normalerweise doch nur ein karrierewilliger Berufssoldat . . .

In der Folge mußte man nun auch den Herren Vorgesetzten den Ausgang sperren. Während sich jedoch dem schneidigen Offizier noch allemal ein Hintertürl öffnet, sahen sich die Unteroffiziere plötzlich fernab von Frau und Freundin und demnach frustriert in der Kaserne sitzen. Was zu einem Lagerkoller führte, in dessen Verlauf laut Augenzeugenberichten die meisten Betroffenen sich in der Kantine 1. gemeinsam mit Alkohol und 2. gegenseitig mit Fäusten bläuten.

Mancher Leser wird jetzt fragen, ob die Militärärzte außer ihren passiven Quarantänemaßnahmen endlich auch aktiv etwas gegen die Seuche unternommen hätten. O ja, kann man ihm da antworten. O ja, vor den Zeitungsleuten wurde ein Offizier sehr aktiv, als er erklärte, daß von den 70 Spitalspatienten eigentlich nur 20 wirklich an Lebensmittelvergiftung erkrankt seien. Weitere 16, erklärte der tüchtige Mann, wären zwar Bazillenausscheider, ansonsten aber kerngesund. Na, und bei dem erklecklichen Rest, so ließ der Herr Offizier durchblicken, handle es sich mehr oder weniger um Simulanten, die dem tristen Kasernenalltag entrinnen und einen Genesungsurlaub ergattern wollten.

Tja, mit Simulanten hat ein Offizier so seine Erfahrungen. Die Seuche wurde dergestalt, gewissermaßen durch heeresärztliches Dekret, für eingedämmt erklärt. Womit die Öffentlichkeit beruhigt sein könnte, wenn — ja, wenn die ganze Sache nicht fatal an einen alten Witz erinnerte. Der Witz ist so bekannt, daß man sich fast schämt, ihn zum tausendsten Male wiederzukäuen, doch wir wollen's trotzdem tun, weil ihn offenbar so mancher Herr noch nicht verstanden hat. Also:

> Der Stabsarzt macht seinen täglichen Rundgang. „Na", fragt er, „besondere Vorkommnisse?"
>
> „Nein, Herr Stabsarzt", antwortet der Sanitätsgefreite, „nur der Simulant von Zimmer 3 ist heute nacht gestorben."

Wie gesagt, der Witz ist alt. Denn Witze können uralt werden. Was man von den Patienten, die einem Stabsarzt in die Hände fallen, selten sagen kann.

> Weil wir dem Volke dienen, fürchten wir nicht, daß man, wenn wir Mängel haben, uns darauf hinweist und kritisiert. Jedermann darf unsere Mängel bloßlegen, wer immer es auch sei. Insofern sein Hinweis richtig ist, sind wir bereit, unsere Mängel zu korrigieren. Wenn sein Vorschlag dem Volk zum Wohl gereicht, werden wir danach handeln.
>
> Mao Tsetung

Kritik an der VRA

Auf Beschluß einer Arbeitstagung unserer Wiener Organisation (wir berichten über diese Tagung vom 3o. September an anderer Stelle) sind die Aktivisten der VRA in der Bundeshauptstadt fast täglich unterwegs, um mit Lesern unserer Presse, die wiederholt durch Geldspenden und Zuschriften ihre Sympathie mit unseren Bemühungen bekundet, jedoch bisher keine Bereitschaft zu aktiver Mitarbeit gezeigt haben, einen offenherzigen und kameradschaftlichen Meinungsaustausch zu pflegen. Dabei haben wir bereits in der abgelaufenen Etappe dieser Aktion einige sehr wertvolle Erfahrungen gemacht. Ein Beispiel dafür ist nachstehendes Gespräch eines unserer Genossen mit einem Freund, der - trotz mancher Zweifel und Bedenken - noch immer Mitglied der "K"PÖ ist:

Wozu eine neue Organisation?

Leser (im folgenden mit "L" bezeichnet): Ich habe alle Achtung vor den Genossen der VRA, obzwar ich keineswegs mit allen ihren Ansichten übereinstimme. Ich bewundere ihre Prinzipientreue, ihre Einsatzfreudigkeit. Ich sehe aber viele ernste Schwächen dieser Organisation. Sie äussern sich darin, dass die breiten Massen der arbeitenden Bevölkerung die VRA nicht verstehen. Teilweise ist dies gewiss objektiven Umständen zuzuschreiben. Zum Beispiel: Die VRA ist doch eine neue Organisation. Die österreichische Arbeiterschaft hat aber seit mehr als einem Jahrhundert die Sozialdemokratische Partei und seit mehr als einem halben Jahrhundert die KP. Sie kann nicht recht verstehen, wieso und warum jetzt eine neue Organisation mit dem Anspruch auf ihre politische Vertretung auf die Bühne tritt. Sie steht notwendigerweise einer kleinen Gruppe, die einen solchen Anspruch erhebt, skeptisch gegenüber.

Der VRA-Genosse (im folgenden kurz mit "G" bezeichnet): Das ist im allgemeinen richtig. In der Geschichte war es bisher zwar so, dass die Schaffung der Klassenpartei des Proletariats stets durch eine zahlenmässig kleine Gruppe vorbereitet wurde (denke an den "Bund der Kommunisten" unter der Führung von Marx und Engels Ende der 40er Jahre des 19. Jahrhunderts, an den "Kampfbund zur Befreiung der Arbeiterklasse" in Russland unter der Führung von Lenin Anfang der 90er Jahre, an die ersten kommunistischen Organisationen in China 1919-1921). Doch damals standen Deutschland, Russland und China am Vorabend einer revolutionären Situation; das kann man heute von Österreich nicht sagen. Ferner gab es damals in keiner dieser Länder eine Massenpartei des Proletariats, während doch heute noch in Österreich die überwältigende Mehrheit der Arbeiter - trotz aller Vorbehalte, Zweifel und Bitterkeit - die SPÖ als ihre traditionelle Partei betrachtet und ein kleiner Teil - trotz aller Enttäuschungen und Erschütterungen - in der "K"PÖ seine politische Vertretung erblickt; die Arbeiter haben die Notwendigkeit der Schaffung einer neuen Partei, einer wirklichen - nicht nur nominellen - Klassenpartei der Proletariats (das Grundmotiv der Existenz und Tätigkeit der VRA) in ihrer Masse noch nicht erkannt.

Ende September fand eine wichtige Arbeitssitzung der Wiener Organisation der VRA statt. Nach einem politischen Referat über die internationale Lage und die Situation in Österreich wurden organisatorische Fragen eingehend behandelt. Ziel der Tagung war, die politische und organisatorische Schlagkraft der VRA zu stärken. In der Diskussion, die sich auf hohem Niveau bewegte, wurden die Erfolge und auch die Schwächen eingehend analysiert und Beschlüsse über die nächsten Aktivitäten gefaßt. Diese Beschlüsse sind bereits in Angriff genommen worden. Unsere Genossen gehen daran, die Kontakte mit den Freunden und Lesern zu stärken und über Beiträge zu unserem Kampf zu sprechen. Auf dem Gebiet der politischen Festigung der Genossen wurde die ideologische Schulung vorbereitet und das ausgearbeitete Programm ist bereits in Durchführung. Hauptthema für die Abende im November: "Die Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion". Unsere Diskussionen finden jeden Freitag um 20 Uhr im Organisationslokal statt. Wir laden alle Freunde ein, daran teilzunehmen.



Unser Lokal: Wien 20, Universumstraße 40



„Also, eigentlich hab' ich mir die Mitbestimmung ja anders vorgestellt."

Du könntest natürlich einwenden, dass doch auch die Parteien der Dritten Internationale gegründet wurden, als es noch (oder: bereits wieder) die durch den Verrat während des Ersten Weltkriegs diskreditierten sozialdemokratischen Parteien gab: damals aber erlitten die Werktätigen den Verrat buchstäblich am Leib und Leben, durch die entsetzliche Qual des imperialistischen Kriegs und seiner Folgen, während die Spaltung der kommunistischen Weltbewegung die modernen (chruschtschowistischen) Revisionisten sich anscheinend auf rein ideologischer Ebene vollzog. Das alles bringt es mit sich, dass wir es tatsächlich heute viel schwerer haben als unsere Vorläufer, dass wir mühsam neue Wege erforschen und erproben müssen, die noch niemals begangen wurden.

Gegen die „Mitbestimmung"?

L.: Ich glaube, dass Ihr in aktuellen Fragen der österreichischen Politik eine falsche Haltung einnehmt. So können die Massen der Werktätigen Eure negative Einstellung zur Mitbestimmung in den Betrieben nicht verstehen.

G.: Mir scheint, dass du da von dem sehr engen Standpunkt eines sehr kleinen Teils der österreichischen Arbeiterschaft ausgehst. Während die sogenannte "Mitbestimmung" in manchen Ländern des kapitalistischen Westeuropa (vor allem in der Bundesrepublik) geradezu institutionalisiert ist und hierzulande nicht nur vom ÖGB und von der SPÖ, sondern auch vom ÖAAB seit Jahr und Tag eifrig propagandiert wird, ja sich des prinzipiellen Einverständnisses seitens der Industriellenvereinigung erfreut, stösst sie auf Verständnislosigkeit, wenn nicht auf glatte Ablehnung seitens der breiten Massen der Arbeiterschaft; gerade diese Tatsache wird ja von der Bourgeoisie und ihrer Presse in der letzten Zeit so nachdrücklich bedauert!

Die österreichischen Marxisten-Leninisten haben schon zu Beginn der antirevisionistischen Bewegung, als ihre Vertreter noch in der später von Herrn Strobl usurpierten "Roten Fahne" schreiben konnten, auf Grund einer eingehenden Analyse klargestellt, dass die von der revisionistischen "K"PÖ propagierte "Mitbestimmung" haargenau dasselbe ist wie die „Sozialpartnerschaft", d.h. die Klassenzusammenarbeit der Ausgebeuteten mit den Ausbeutern. Wir sagten damals, dass die wirkliche Mitbestimmung der Lohnarbeiter über die Bedingungen ihrer Ausbeutung (um etwas anderes kann es sich doch im Kapitalismus nicht handeln) durch den Klassenkampf im Betrieb, in der Branche und letzten Endes im ganzen Land erfolgt. Das, was die Kapitalisten und ihre Agenten innerhalb der Arbeiterschaft als "Mitbestimmung" ausgeben, ist aber nichts anderes als die Mitverantwortung der Arbeiter für ihre eigene Ausbeutung durch die Unternehmer. Das, was wir wissenschaftlich nachgewiesen haben, fühlen die Proletarier instinktiv. Sie werden daher Verständnis für unsere prinzipielle Haltung haben!

Absolut gegen Reformen?

L.: Ich meine, eine grosse Schwäche der VRA besteht darin, dass sie absolut negativ gegenüber Reformen im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaft eingestellt ist. Gewiss, auch ich weiss, dass Reformen nicht den Sozialismus bringen; aber die Arbeiter wünschen eine unmittelbare Er-

leichterung ihres Loses, und jede Verbesserung ihrer Lebenshaltung in der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung wird von ihnen begrüsst. Ihr aber seid entschieden dagegen.

G.: Das ist eine der schwierigsten, aber auch eine der entscheidensten Fragen. Reform bedeutet doch nichts anderes als Verbesserung der Bedingungen, zu denen die Arbeiter ihre Arbeitskraft den Kapitalisten verkaufen. Die Reform an und für sich ist daher nichts anderes als eine jeweilige Neufassung des Verhältnisses Lohnarbeit-Kapital. Sie manifestiert die Einheit zwischen den Lohnsklaven und den Kapitalisten (ohne diese Einheit wäre ja jede kapitalistische Produktion unmöglich). Wer also die Reform an sich befürwortet, wünscht die Aufrechterhaltung des kapitalistischen Ausbeutungssystem . Der Kampf für Reformen entblösst jedoch den antagonistischen) Charakter des kapitalischen Produktionsverhältnisses. Deshalb hielten sowohl Marx wie Lenin den Kampf der Betriebsarbeiter gegen Anschläge des Kapitals auf ihre unmittelbare Lebenshaltung und für deren Verbesserung, also den Kampf für Reformen als absolut unerlässlich,damit sich die Proletarier vor einem Absinken in willenloses Sklaventum bewahren und für den Sturz des Systems der Lohnsklaverei rüsten können.

Diese revolutionäre Haltung gegenüber diversen Reformen bildet sich in unserer heutigen Situation unter grossen Schwierigkeiten und Widersprüchen heraus.

Die Hauptschwierigkeiten bestehen darin, dass erstens "Reformen" gegenwärtig praktisch fast ohne Kampf erreicht werden: in den Betrieben durch Abmachungen der Betriebsräte mit den Unternehmern (gewiss nicht ohne sanften - aber eben nur sanften! - Druck der Belegschaft), in der Gesellschaft durch Absprachen der "Sozialpartner" (über "Arbeitszeitverkürzung ", "Steuerreform", "Pensionsdynamik", Novellierung des Betriebsrätegesetzes usw.); es sich zweitens bloss um "Reformen" in Anführungsstrichen handelt,weil die"Lohnrunden" keine effektiven Verbesserungen mit sich bringen, sondern in der Hauptsache bloss eine Nachzahlung vergangener Einbussen darstellen, weil die "Arbeitszeitverkürzung" keine tatsächliche Vermehrung der Freizeit bedeutet, sondern vielmehr eine Vergrösserung der Ausbeutung, weil trotz - und wegen - aller "Reformen" die Steuerlasten der Werktätigen nicht geringer werden, sondern "bestenfalls" eine Verschiebung von den direkten zu den indirekten Steuern beabsichtigt ist,weil die sogenannte "Pensionsdynamik" die miserable materielle Lage der Arbeiterrentner eher verschlechtert als verbessert(schon allein wegen des viel steileren Anstiegs der Lebenshaltungskosten bei ihnen im Vergleich zum Bevölkerungsdurchschnitt, was ja offiziell zugegeben wird) usw.

Der Hauptwiderspruch besteht darin, daß, wie unsere Erfahrungen zeigen, die revisionistische Entartung der "K"P-Führung die meisten revolutionären Arbeiter sehr mißtrauisch gegenüber dem Kampf für Reformen macht, mit dem die politische Aufklärung richtig zu verbinden nicht immer leicht ist, umso mißtrauischer, als es Genossen gab, die zwar in ihren Betrieben erfolgreich für die Tagesforderungen der Kollegenschaft eintraten,dabei aber, ohne es zu wollen oder zu wissen, in den Sumpf des modernen Revisionismus gerieten.

Vor uns steht also nach wie vor die überaus wichtige Aufgabe, die richtige marxistisch-leninistische Linie auf gewerkschaftlicher Ebene, in engster Verbindung mit den Erfahrungen der täglichen Betriebsarbeit unserer Genossen, theoretisch auszuarbeiten und dann praktisch durchzuführen und allgemein zu propagieren.

„Sprache" der VRA-Organe

L.: Ich habe noch ein - vielleicht weniger wichtig erscheinendes - Bedenken gegenüber der VRA: Ihre Sprache scheint mir - was ihre Zeitungen betrifft - den Arbeitern nicht gut ins Ohr zu gehen. Ich verstehe sehr wohl Eure Schwierigkeiten (Ihr stellt die Zeitungen ganz auf Euch selbst gestellt her, sie erscheinen nur jeweils einmal im Monat, können also naturgemäß nicht prompt auf alle aktuellen Ereignisse und Tagesfragen reagieren): doch erscheint mir, daß Eure rein propagandistischen Artikel die Arbeiter kaum ansprechen können.

G.: Diese Kritik ist z. T. berechtigt, wurde auch schon des öfteren von Lesern unserer Presse geübt.Doch bezüglich des Einwands gegen unsere Zeitungen ("Für die Volksmacht" und "rote garde"),ihre Sprache (also: Stil,Diktion, Ausdrucksweise usw.) wäre den Arbeitern unverständlich,scheinst du, als Intellektueller, zu übersehen, daß die Zeitungen der VRA tatsächlich von Arbeitern für Arbeiter geschrieben werden. Und die Arbeiter, die unsere Zeitungen inhaltlich, redaktionell und technisch herstellen und vertreiben,schreiben doch eben die Sprache, in der sie tagtäglich im Betrieb mit ihren Kollegen reden. Wenn sie sich nicht mit ihren Klassenbrüdern verständigen können sollten, wer könnte es dann? Wir müssen uns in der heutigen Situation vornehmlich an die - naturgemäß sehr schmale - Schicht der fortgeschrittenen Arbeiter wenden.(Nebenbei: Auch was die Gesamtarbeiterschaft betrifft, wäre es heute absolut falsch, sie als "simpel" oder gar "primitiv" zu betrachten und sich in der Sprache an das Niveau etwa der "Kronenzeitung" anzugleichen.)Deshalb haben unsere Zeitungen notwendigerweise einen eher propagandistischen Akzent. Wir sind eben der Meinung, daß die fortschrittlichen, über ihre persönlichen Interessen hinaus nachdenklichen Arbeiter sehr wohl einen Sinn und auch ein reales Bedürfnis für grundsätzliche Überlegungen und Auseinandersetzungen haben.

Darüber hinaus besteht derzeit eine unbestreitbare objektive Notwendigkeit, die Trennungslinie zwischen dem Proletariat und den verräterischen Führern der beiden sogenannten Arbeiterparteien immer schärfer und klarer herauszuarbeiten,die ideologische Korrumpierung der Arbeiterschaft durch die Bourgeoisie und ihre Agenten mittels prinzipieller Argumentation zu bekämpfen und auf brennende und großenteils neue Fragen richtige marxistische Antworten zu geben.

Andererseits verhehlen wir keineswegs, daß unsere Presse noch sehr große Mängel aufweist. Wir bemühen uns, sie durch eine vermehrte Anzahl von Berichten über die Lage und den Kampf in den Betrieben, durch Leserbriefe und Arbeiterkorrespondenzen etc. abzustellen. Wir sind dabei für jede Hilfe dankbar, auch für eine kritische Mitarbeit!

Einstellung zu China—Rußland

L.: Eine sehr wichtige Frage ist Eure Einstellung zur VR China und zur Sowjetunion. Was die Einstellung zu China, seiner Innen- und Außenpolitik betrifft, sympathisiere ich hier noch am meisten mit der VRA. Viele Genossen in unserer Partei hegen ähnliche freundschaftliche Gefühle für China und die chinesischen Kommunisten.

Und sie mißbilligen die hemmungslosen Angriffe aus der UdSSR gegen die VR China und sind auch oft mit den Stellungnahmen der "Volksstimme" zu China nicht einverstanden. Ich glaube auch, daß Eure Kritik an der Sowjetunion in mancher Hinsicht nicht unberechtigt ist. So fühlen z.B. gar nicht wenige Mitglieder der KPÖ ein Unbehagen bezüglich der militärischen Intervention in der CSSR. Sie glauben, daß die Begründung dieser Intervention, es hätte ein militärisches Eingreifen Westdeutschlands gedroht, nicht stichhaltig war. Schließlich soll doch wirklich die Arbeiterklasse eines jeden Landes ihre eigenen Probleme selbständig lösen können! Ich kann jedoch die absolut negative Haltung der VRA zur UdSSR nicht akzeptieren.

Der erbitterte Streit zwischen China und der Sowjetunion ist für die oben erwähnten Genossen in unserer Partei sehr schmerzlich, und ihr Herzenswunsch ist, daß es eines Tages zu einer Versöhnung kommen möge.

G.: Das ist nicht nur eine wichtige Frage, sondern, was unser Verhältnis zu den ehrlichen Genossen in der "K"PÖ angeht, ein Hauptproblem. Wir sind erstens der Meinung, daß die Spaltung der kommunistischen Weltbewegung Anfang der sechziger Jahre kein "bedauerlicher Zufall",sondern eine geschichtliche Notwendigkeit war. Genauso wie sie Lenin in bezug auf die Spaltung des internationalen Sozialismus während des Ersten Weltkriegs wissenschaftlich nachgewiesen hat. Damals war, wie Lenin dargelegt hat, Arbeiteraristokratie und -bürokratie die soziale Basis des Klassenverrats der sozialdemokratischen Führer,ihres Überlaufens in das Lager der imperialistischen Bourgeoisie. Heute ist das im Wesen dasselbe, in der konkreten geschichtlichen Ausprägung aber noch viel ernster und trauriger. Es hat sich in der UdSSR - letzten Endes ebenso wie bei uns in Österreich auf Grund der ökonomisch unvermeidlichen Vergesellschaftung der Produktion (Verstaatlichungen und vielgestaltige Eingriffe des Staates in das Wirtschaftsleben) - eine neue privilegierte Schicht herausgebildet (die bürokratischen Kapitalisten), die nach dem Tode Stalins (unter dessen Führung diese negative Entwicklung ungeahnt ihren Ursprung genommen hatte) die Staatsmacht usurpierte, das Proletariat und die Kollektivbauernschaft zu unterdrücken und auszubeuten begann. Und ebenso wie seinerzeit das "Hinüberwachsen des Opportunismus in den Imperialismus" (Lenin) in der internationalen Politik der abtrünnigen Führer der 2. Internationale zum Ausdruck kam, also in ihrem Verrat am proletarischen Internationalismus, mit einem Wort: im Sozial-

imperialismus ("Sozialismus in Worten, Imperialismus in der Tat", wie Lenin ihn definierte), ist auch die klassenverräterische Politik der Chruschtschow-Breschnjew-Clique gerade in ihrer Haltung auf internationalem Gebiet, d.h. vor allem (aber nicht ausschließlich) in ihrer Feindseligkeit gegenüber China und Albanien klar zutage getreten. Letzten Endes hat uns allen die infame Lügenhetze der russischen Revisionisten gegen das sozialistische China, ihr Anspruch auf Hegemonie über das chinesische 700-Millionen-Volk usw. die Augen geöffnet. Man könnte manchem vielleicht noch einreden, daß kleine Völker wie die Tschechen und Slowaken ohne russische "Hilfe" den westlichen Imperialisten auf Gedeih und Verderb ausgeliefert wären (auch das ist selbstredend falsch!); man kann uns aber nicht einreden, daß dies auch für das große China gelten sollte. Denn in diesem Fall gäbe es überhaupt kein anderes Merkmal für Sozialismus als die Genehmigung durch den Kreml. Kein Volk der Erde kann einen solchen Standpunkt verstehen und akzeptieren. Im Gegenteil: Wer einen solchen Standpunkt billigt, diskreditiert ein für allemal den Sozialismus in der Welt!

Daran gibt es nichts zu rütteln und zu deuten: In dem Augenblick, da sich die revisionistische Kreml-Führung gegen das sozialistische China gestellt hat, entlarvte sie sich als reinster Sozialimperialismus! Genosse Mao Tsetung sagte seinerzeit in bezug auf die sozialistische Sowjetunion unter Stalin, daß ihre nationalen Interessen mit den internationalen Interessen des Weltproletariats zusammenfallen. Das gleiche gilt heute hinsichtlich der sozialistischen Volksrepublik China! Das ist eine Tatsache und eine objektive Gesetzmässigkeit!

Es wäre ungerecht zu behaupten, dass unsere Zeitungen all diese Fragen bisher nicht gestellt und zu beantworten gesucht hätten. Leider haben wir das aber noch ungenügend, vor allem zu wenig theoretisch tiefschürfend getan. Wir wollen diesbezüglich deine Kritik beherzigen und vor allem mehr berücksichtigen, dass es in den Motiven der Genossen, die in der offiziellen Partei verblieben sind oder im "Tagebuch"-Kreis und ähnlichen Gruppierungen Unterschlupf gesucht haben, durchaus positive Elemente gibt, die wir ans Tageslicht fördern und auswerten sollten.

Was kann schon eine kleine Gruppe ausrichten?

L.: Vieles ist gewiss einleuchtend, was du da gesagt hast; in vielen Dingen hast du mich jedoch nicht überzeugt. Ich möchte jetzt nur noch einen Einwand vorbringen. So manche Genossen, die unserer Parteiführung und der Politik der Sowjetunion oft kritisch gegenüberstehen, meinen, dass doch letzten Endes die KPÖ bei allen ihren Schwächen, Fehlern und Unzulänglichkeiten - heute die einzige Kraft ist, die immerhin irgendwie noch ein Forum für die Linke in unserem Land abgeben kann, was man, wie ich glaube, sonst von keiner Gruppe, auch von der VRA nicht, sagen kann.

G.: Genau so hat seinerzeit, in den zwanziger Jahren, die SPÖ unter Otto Bauer gegenüber der damaligen KPÖ argumentiert.

Und dennoch hat die Geschichte - besonders im Jahre 1934 - bewiesen, dass nicht die "grosse" SPÖ, sondern die kleine KPÖ Recht behielt und Zehntausende ehemals sozialdemokratische Arbeiter für den revolutionären Weg gewann, während die Linie Otto Bauers auf einen "friedlichen, parlamentarischen Weg zum Sozialismus" schmählich Bankrott erlitt und in Faschismus und Krieg mündete. Wir sind fest überzeugt, dass unsere, heute noch sehr kleine Organisation marxistisch-leninistischer revolutionärer Arbeiter der breiten Masse des österreichischen Proletariats und aller Werktätigen unseres Landes den Weg zur Schaffung einer revolutionären Arbeiterpartei und zur sozialistischen Revolution weist.



Leserbriefe

Ich lege hiemit S 40,— bei, für Jahresabo auf die "Volksmacht", damit ich durch sie informiert bin; sonst stirbt man blöd (bei uns in Österreich)!

Ich bitte auch um einige Probeexemplare der "roten garde".

P.S. Eine letzte Meldung aus meiner Firma: Weil ich und ein Kollege für eine Arbeit in einem Schwesterbetrieb des Konzerns abgezogen wurden, ordnete der Chef für unsere Frauen Überstunden an. Das hätte für sie bedeutet, statt um 16 Uhr erst um 18 Uhr jeden Tag heimgehen zu können. Einmütig (!!) verweigerten alle Kolleginnen die Überstundenleistung, während sie bisher ähnliche Ansinnen (etwa mit der Begründung "Zu viel Arbeit, zu wenig Personal") hinnahmen, wenn auch jammernd. Der Chef war grantig, konnte aber nichts durchsetzen. Ist das vielleicht eine Auswirkung des englischen Dockerstreiks? Die arbeitenden Menschen auch bei uns ziehen doch die Lehre: Gemeinsam sind wir stark!

Eines zeigt sich jedenfalls: Die herrschende Klasse in Österreich hat eine fürchterliche Angst, daß sich die Arbeiter und Angestellten trotz "Sozialpartnerschaft", trotz den Verbrechen der ÖGB-Bonzen, trotz den Arbeiterverrätern der SPÖ zum Kampf erheben könnten...



Auf der Suche nach dem rechten Weg

Erst nach meinem Urlaub komme ich dazu, Ihnen darüber zu schreiben, was ich bei Ihrer Kundgebung am 1. Mai im Gespräch mit einem Ihrer Genossen angedeutet habe. Es ging um die gewerkschaftliche Forderung von 15 Prozent Gehaltserhöhung und darum, ob wir zur Durchsetzung dieser Forderung streiken sollten.

Nun, zu einem Streik ist es nicht gekommen. Durch einen faulen Kompromiß mußten wir uns mit 9 Prozent im Juni d.J. und 5 Prozent am Jänner 1973 begnügen.

In meiner Firma stehen trotzdem die Dinge nicht zum besten, und es ist kein Grund da, recht zufrieden zu sein. Wir alle - d.h. die Angestellten des Warenhauses - haben nur eine halbe Stunde Mittagspause. Wir müssen das Essen nur so hinunterschlingen, da Kunden und Angestellte (beim Schalter) warten. Oft braucht es zehn Minuten, bis wir Speise und Trank erhalten. Alle diese "Annehmlichkeiten" verdanken wir der "Arbeitszeitverkürzung" auf 41 bzw. 42 Stunden! Arbeitsmäßig ist es in meiner Firma eine ganz schöne Hetzerei. Das spürte man besonders während der sommerlichen Hitze, bei der nichts getan wurde, um den Angestellten die Arbeit zu erleichtern... Ein Druckmittel gegen die Unternehmer wäre die Verweigerung von Überstunden...

Ich habe während des Sommers einige Veranstaltungen der KPÖ besucht und bin zur Ansicht gelangt, daß es diese Partei ehrlich mit den Arbeitern meint. Das ist mir aber nicht genug! Da hat man z.B. zwei Betriebsräte der KP aus der Elin-Floridsdorf hinausgeworfen, und die KP jammert in ihrer "Volksstimme". Da bin ich doch mißtrauisch: Ich glaube nicht, daß die KP außerstande wäre, in einigen Betrieben Streiks oder sogar Demonstrationen gegen solche Willkürakte zu organisieren. Es kommt mir da nicht auf den eventuellen Erfolg einer solchen Aktion an, sondern auf den Willen zum Kampf. Ich spüre, daß die Aktivität der KPÖ nicht kämpferisch genug ist. Hat auch sie Angst? Es gibt jedenfalls ehrliche Kommunisten in ihren Reihen; sind sie aber nicht recht bürgerlich? Ich trage mich mit dem Gedanken, der KPÖ beizutreten (die VRA ist ja sooo klein!), habe aber ernste Bedenken. Der KP-Bezirkssekretär, mit dem ich oft diskutiere, sucht diese Bedenken zu zerstreuen: "Die Arbeiterschaft ist nicht reif", "Wir haben zu wenig Leute", "Die Betriebe befinden sich in einer ÖGB-Umklammerung" usw. Ich frage mich da, ob die KPÖ nicht ein von oben eingeplantes Instrument (eine Abflußrinne) für unzufriedene SP-Arbeiter ist? Bitte klären Sie mich auf!